

Wien, 12. Jänner 2025

**Betreff: Klima- und Umweltschutz in laufenden Regierungsverhandlungen**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
Sehr geehrte Nationalratspräsident:innen,  
Sehr geehrter Herr Klubobmann/Bundesparteiobmann Kickl,  
Sehr geehrter Herr Generalsekretär Schnedlitz,  
Sehr geehrter Herr Generalsekretär Hafenecker,  
Sehr geehrter Herr Klubdirektor Nemeth,  
Sehr geehrte Frau Nationalratsabgeordnete Dr. Susanne Fürst,  
Sehr geehrter Herr Nationalratsabgeordneter Schiefer,  
Sehr geehrter Herr FPÖ-NÖ-Klubobmann Teufel,  
Sehr geehrter Herr Bundesparteiobmann Stocker,  
Sehr geehrter Herr Klubobmann Wöginger,  
Sehr geehrter Herr Generalsekretär Pröll,  
Sehr geehrter Herr WKO-Präsident & Wirtschaftsbund-Obmann Mahrer,  
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Plakolm,  
Sehr geehrter Herr Bauernbund-Präsident Strasser,

**Wir rufen Sie dazu auf, Klima- und Umweltpolitik als integralen Bestandteil der Standortpolitik zu verstehen und konsequent weiterzuentwickeln. Dadurch schaffen Sie heute die Voraussetzungen für einen zukunftsorientierten und innovativen Wirtschaftsstandort, der sich langfristig in einem krisensicheren europäischen Wirtschaftsraum im Kontext globaler Herausforderungen behaupten kann. Das ist die Grundlage für ein wirtschaftlich erfolgreiches Österreich, das zukünftige Schadenskosten aufgrund Klimawirkungen in enormer Höhe vermeidet.**

Die weltweiten ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher spürbar. Um die Natur – und in Folge uns selbst als Gesellschaft – vor Zerstörung zu bewahren, ist davon auszugehen, dass alle Länder weltweit die Transition zur Klimaneutralität vollziehen werden. Dies wird klare Konsequenzen für die Nachfrage nach Produkten und Geschäftsmodellen mit sich bringen und jene begünstigen, die frühzeitig Expertise und Marktanteile in diesen Bereichen aufgebaut haben.

Ein Beispiel hierfür ist China, das seit 2001 in seinen 5-Jahres-Plänen systematisch die eigenen Kompetenzen im Bereich erneuerbarer Energien ausgebaut hat und heute in mehreren Segmenten Weltmarktführer ist. Um seine Standortstärke zu sichern, muss auch Österreich durch gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen sicherstellen, dass bestehende Kompetenzen strategisch genutzt werden, um innovative und zukunftsfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln und auszubauen. Dabei wird es unerlässlich sein, dass alle diese Geschäftsmodelle einen äußerst verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen im Sinne der Kreislaufwirtschaft gewährleisten.

Um dies zu erreichen, braucht es eine klar strukturierte Wirtschaftspolitik, die Entwicklungsziele präzise kommuniziert und Wirtschafts-, Ressourcen- sowie Klimapolitik eng miteinander verbindet, um die notwendige mittelfristige Transformation der Wirtschaft zu sichern. Österreich kann bereits auf

erfolgreiche Beispiele verweisen. Während in der Automobilzulieferindustrie vielerorts Insolvenzen drohen, haben innovative österreichische Unternehmen frühzeitig auf globale Entwicklungen reagiert und ihre Technologieführerschaft in Schlüsselbereichen der Energiewertschöpfungskette – von Windkraftanlagen über Energiespeicher bis hin zu Elektrofahrzeugen – konsequent ausgebaut. Österreich ist auch das viertgrößte Ausfuhrland weltweit für Bahnindustriegüter in absoluten Zahlen, hinter Deutschland, China und den USA.

Diese und andere Beispiele zeigen trotz der Herausforderungen, die sich unter anderem durch die wachsende Innovationskraft des asiatischen Raums für eine zukunftsfähige Wirtschaft ergeben, dass Österreich – ebenso wie Europa insgesamt – über solide Ausgangsbedingungen und kritische Kompetenzen verfügt. Diese bilden die Basis, auf der eine zukunftsorientierte Industrie- und Wirtschaftspolitik aufbauen muss, um den Wirtschaftsstandort zukunftsorientiert zu stärken.

Auch aus einer engen wirtschaftspolitischen Sicht sind Klimaschutzinvestitionen in Zukunft notwendig. Wie eine Studie des Umweltbundesamts, des Instituts für Höhere Studien, und der TU Wien im Auftrag der österreichischen Sozialpartner zeigt, können bis 2040 zusätzlich 1,3 bis 2,3% des BIP pro Jahr für Investitionen für die Klimaneutralität 2040 mobilisiert werden. Diese Investitionen erbringen in der Industrie sowie im Verkehrs-, Energie- und Gebäudesektor eine hohe inländische Wertschöpfung, eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes, und verbessern die Handelsbilanz und Auslandsabhängigkeit durch weniger fossile Energieimporte.

Durch die Umlenkung öffentlicher Investitionen und den Abbau fossiler Subventionen können zukünftige Emissionen vermieden und gleichzeitig der Staatshaushalt entlastet werden. Diese Entlastung umfasst geringere Schadenskosten (z.B. in den Bereichen Gesundheit und Vermögenswerte in Form von zerstörten Gebäuden, Infrastrukturen und auf landwirtschaftlichen Flächen in Milliardenhöhe mit steigender Tendenz; der Vermögensschaden für Haushalte und Unternehmen der Unwetter in Niederösterreich im September 2024 belief sich z.B. auf 1,3 Mrd. EUR, ohne Berücksichtigung der Schäden an der Infrastruktur), der Wegfall der fossilen Subventionen an sich (bis zu 7 Mrd. EUR) sowie eine deutliche Reduktion von Strafzahlungen bei Nichterreichung der Klimaziele (bis zu 5,8 Mrd. EUR). Darüber hinaus profitieren die Wirtschaft und Gesellschaft durch eine höhere Lebensqualität, etwa durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bzw. die Belegung von Siedlungskernen. Die geplanten Maßnahmen führen zudem zu einer sozial gerechteren Lastenverteilung, da die Kosten stärker von den Verursachern getragen werden.

### **Mut zu transformativen Innovationen**

Auch die Unterstützung transformativer Innovationen wird eine zentrale Aufgabe der nächsten Bundesregierung sein. Dringenden Handlungsbedarf gibt es in den Bereichen Wohnen, Energieversorgung, Mobilität, Landwirtschaft und Industriestandort. Als Leuchtturmprojekte für ein Regierungsprogramm bieten sich z.B. ein innovativer Ansatz im Bereich Bauen und Wohnen sowie die Unterstützung weitreichender Transformationen in der energie- und emissionsintensiven Industrie an.

**Ein Innovationspaket für Bauen und Wohnen** würde enormes Innovationspotenzial im Gebäudesektor mobilisieren. Inspirierende Beispiele finden sich in der Schweiz, wo sogenannte Quartiere oder Areale zu Vorreitern zukunftsweisender Stadtentwicklungskonzepte geworden sind. Diese Projekte kombinieren moderne städtebauliche Ansätze mit energieeffizienter Gebäudesanierung und lokaler Energieproduktion zu 'positive energy districts'. Wärme und Kühlung werden vollständig lokal durch

Erdwärme bereitgestellt, während mehr als die Hälfte des Strombedarfs durch gebäudeintegrierte Photovoltaik und andere erneuerbare Energiequellen gedeckt wird. Im Bereich alternativer Baumaterialien, insbesondere dem Holzbau, sind österreichische Unternehmen international bereits sehr erfolgreich. Besonders innovativ sind Gebäudesanierungen und Bestandserneuerungen einzuschätzen, weil sie einerseits positive Effekte auf Arbeitsmarkt und Bauindustrie haben und andererseits den Energiebedarf senken und einer zusätzlichen Bodenversiegelung entgegenwirken. Solche Ansätze demonstrieren eindrucksvoll, wie Nachhaltigkeit und technologische Innovation in der Praxis umgesetzt werden können.

**Ein Innovationspaket zur Transformation der Industrie** fördert die konsequente Kreislaufführung von Rohstoffen sowie sektorübergreifende Kooperationen. Der öffentliche Sektor übernimmt dabei die Schlüsselrolle eines Ermöglichers (Enablers), indem er gezielt die Entwicklung und den Ausbau von Infrastruktur unterstützt. Dazu zählen vor allem Transport- und Speicherlösungen. Diese Maßnahmen schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen, um industrielle Transformation und nachhaltige Wertschöpfung zu ermöglichen.

**Ein Innovationspaket zur Sicherung der landwirtschaftlichen Produktivität und Ernährungssicherheit** ist nötig, um zukünftige Ertragsschwankungen bis hin zu gänzlichen Ernteaussfällen, langfristig sinkende Produktivität und teure Anpassungsmaßnahmen zu verringern. Während die Kosten von Klimaschutzmaßnahmen oft im Mittelpunkt des Interesses stehen, übersteigen die Folgekosten des Nichthandelns die Kosten von Klimaschutzmaßnahmen um ein Vielfaches. Zentrale Maßnahmen umfassen die Förderung von Forschung zu diversifizierten, klima- und biodiversitätsfreundlichen Produktionsmethoden, die Unterstützung ressourcenschonender und resilienter Wertschöpfungsketten (Biodiversitätsförderung, Widerstandsfähigkeit gegen Klimaschäden) sowie die substanzielle Reduzierung von Lebensmittelabfällen entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Diese Ansätze sind essenziell, um die Landwirtschaft zukunftsfähig zu machen und langfristige Ernährungssicherheit zu gewährleisten.

Um Österreich als attraktiven Wirtschaftsstandort zu sichern, ist es auch wichtig, die Abhängigkeit von teuren und knappen Rohstoffimporten zu reduzieren. Kreislaufwirtschaft und ressourcenschonende Bioökonomie bieten hierfür die passenden Ansätze. Sie fördern Wertschöpfung in Österreich, erhöhen die Versorgungssicherheit, stärken handwerkliche Fähigkeiten, schützen den natürlichen Lebensraum und unterstützen die Landwirtschaft. Darüber hinaus steigern sie die Wettbewerbsfähigkeit, stärken bestehende Umwelttechnikunternehmen und erschließen neue Geschäftsfelder. Damit sichern sie regionale, zukunftsorientierte Arbeitsplätze, fördern die Wirtschaftsleistung und verbessern das Exportpotenzial.

Ein **Innovationspaket nachhaltige Mobilität** leistet einen Beitrag zu einer lebenswerten Zukunft und stärkt die bereits bestehenden österreichischen Kompetenzen im Hoch- und Tiefbau auf den internationalen Märkten. Ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr ist mehr als nur eine Ergänzung zum Individualverkehr in Österreich. Der Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs ist eine strategische Investition in Österreichs Zukunft. Er bietet Pendlerinnen und Pendlern sichere, kostengünstige und stressfreie Mobilität, erhöht die Lebensqualität und reduziert Verkehrsunfälle. Wirtschaftlich stärkt er die heimische Schienenfahrzeug- und Tiefbauindustrie, sichert Arbeitsplätze und mindert die Abhängigkeit von fossilen Treibstoffen und Importen. Zudem entlastet eine moderne Schieneninfrastruktur Straßen und ermöglicht eine umweltfreundliche Verlagerung des Güterverkehrs.

**Ein Innovationspaket Stop der Versiegelung** ist nötig, da mit jedem Grad Erwärmung die mögliche Niederschlagsmenge um rund 10%, bei den derzeitigen 2,9°C Erwärmung also um fast 30% steigt. Das

bedeutet, dass in Siedlungsräumen und außerhalb mehr Fläche zur Aufnahme des Wassers bereitgestellt werden muss, sollen Hochwasserkatastrophen verhindert werden. In den letzten 20 Jahren wurden in Österreich hingegen 130.000 Hektar Äcker und Wiesen versiegelt.

Österreich ist mit vielfältiger Natur und zahlreichen Kulturgütern gesegnet und daher für Touristen aus aller Welt attraktiv. Extremereignisse bedrohen nicht nur Menschen, Natur und Kultur, sie schrecken auch Touristen ab. Soll der klimawandelbedingte Rückgang der Schneedeckendauer und damit des Wintertourismus durch Sommertourismus kompensiert werden, müssen neben Emissionsreduktionen auch Anpassungsmaßnahmen gesetzt werden um Menschen, Infrastruktur und Wirtschaft zu schützen. Viele der Klimawandelanpassungsmaßnahmen sind auch aus anderen Gründen wünschenswert: Renaturierung von Industriebrachen, Flussläufen und Ackerrainen, Ausbau von Schwammstraßen und Schwammstädten mit mehr Grün in den Siedlungsgebieten, Wärmedämmung und Verschattung heben die Lebensqualität für Einheimische und die Attraktivität für Touristen. Die Maßnahmen können Teil eines Konjunkturpaketes zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben sein und sich günstig auf die Arbeitsplatzsituation, insbesondere in den ländlichen Regionen, auswirken. Zusätzlich können Kosten im Gesundheitsbereich eingespart werden, weniger Boden geht durch Erosion verloren, Städte und Gemeinden sparen Straßenreinigungs- und Bewässerungskosten, usw.

Wir benötigen ebenso ein **Innovationspaket für den Gesundheitsbereich**. Die Auswirkungen des Klimawandels stellen eine immer größere Gefahr für die Gesundheit der in Österreich lebenden Menschen dar. Dies führt bereits jetzt zu einer Belastung des öffentlichen Gesundheitsbudgets durch Krankenbehandlungen, die in einem ohnehin angespannten System zusätzliche Kosten verursachen. Wenn Mehrausgaben weiter begrenzt werden, könnte dies zu erheblichem Unmut in der Bevölkerung führen. Besonders Hitzewellen sind eine direkte und spürbare Folge des Klimawandels. Besonders gefährdet sind Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen (z.B. Asthma), ältere oder sehr junge Personen sowie diejenigen, die in Berufen mit hoher körperlicher Belastung arbeiten. Jeder zusätzliche Tag mit Temperaturen von 30 Grad im Sommer führt zu einem Anstieg der Sterblichkeit um 2,4% in den betroffenen Regionen. Effektiver Klimaschutz kann jedoch nicht nur Todesfälle und Krankheitsjahre verhindern, sondern auch die allgemeine Gesundheit der Bevölkerung verbessern, indem er zu gesünderer Ernährung und mehr Bewegung im Alltag anregt. Gleichzeitig trägt Klimaschutz durch eine gesündere Bevölkerung zur Entlastung des Gesundheitswesens bei. Die Gesundheit aller Menschen sollte daher ein gemeinsames Anliegen sein.

**Ein Innovationspaket zur Finanzierung der Transformation** ermöglicht die zügige Umsetzung strategischer Innovationsziele. Für das Innovationspaket *Bauen und Wohnen* könnte die reaktivierte Wohnbau-Investitionsbank, die bereits vor Jahren gesetzlich eingerichtet wurde, eine zentrale Rolle spielen. Für das Innovationspaket *Transformation der Industrie* wäre die Schaffung eines neuen Finanzinstruments, des Austrian Innovation and Transition Fund, sinnvoll. Hierbei könnte der noch verfügbare Fonds des European Recovery Programs (ERP) aus der Nachkriegszeit gezielt aktiviert werden.

Diese neuen Finanzierungsinstrumente sollten durch eine Evaluierung bestehender Fördermechanismen begleitet werden, um ineffiziente oder kontraproduktive Maßnahmen zu identifizieren und zu eliminieren. Zusätzliche finanzielle Unterstützung könnten Mittel aus der Wohnbauförderung sowie Erlöse aus den Auktionen des EU-Emissionshandelssystems bieten. Diese Maßnahmen schaffen kurz- bis mittelfristig die notwendigen Ressourcen, um nachhaltige Transformationen in Schlüsselbereichen effektiv zu fördern. Für längerfristige Maßnahmen hat Mario Draghi in seinem Bericht für die Europäische Kommission (The future of European competitiveness) zukunftsweisende Vorschläge unterbreitet.

Auf Basis dieser Argumente muss eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik Teil der Innovations- und Wirtschaftspolitik der nächsten Bundesregierung sein. Um die Zielorientierung, Machbarkeit und Akzeptanz sicherzustellen, empfehlen wir, die einzelnen Maßnahmen unter Einbeziehung aller relevanten Stakeholder:innen zu entwickeln. Hierfür bieten wir unsere wissenschaftliche Expertise an.

Mit freundlichen Grüßen

Univ.-Prof. Dr. Sigrid Stagl, Ökonomin, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Stefan P. Schleicher, Ökonom, Karl-Franzens-Univ. Graz

Univ.-Prof. DI Dr. mont. Reinhold W. Lang, Kunststofftechnik, Johannes Kepler Univ. Linz

Univ.-Prof. Dr. Michael Getzner, PhD, Finanzwissenschaft, TU Wien

Univ.-Prof. Dr. Helmut Haberl, Soziale Ökologie, BOKU Wien

Univ.-Prof. Dr. Karl Steininger, Ökonom, Universität Graz

Assoc.Prof. Dr. Karlheinz Erb, Universität für Bodenkultur Wien

Univ.-Prof. Dr. Melanie Pichler, Soziale Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien

DI Dr. Florian Borgwardt, Universität für Bodenkultur Wien

Dr. Barbara Smetschka, Soziale Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien

Assoc.Prof. Dr. Simone Gingrich, Soziale Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien

Dr. Nicolas Roux, Soziale Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien

Dr. Dominik Wiedenhofer, Industrielle Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien

Dr. Veronika Gaube, Soziale Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Helga Kromp-Kolb, Meteorologie, Universität für Bodenkultur Wien

Univ.-Doz. Dr. Herbert Formayer, Klimawissenschaft, Universität für Bodenkultur

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Fridolin Krausmann, Soziale Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien

Univ.-Prof. Dr. Günter Emberger, Verkehrswissenschaften, TU Wien

OA Assoc.-Prof. Priv.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. med. Hans-Peter Hutter, Umweltmedizin, Meduni Wien

Assoc.Prof. Dr. Stefan Giljum, Ecological Economics, Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Stephan Lutter, Ecological Economics, Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Martin Bruckner, Ecological Economics, Wirtschaftsuniversität Wien

Priv. Doz. DI Dr. phil. Willi Haas, Soziale Ökologie, Universität für Bodenkultur Wien